



Große Umbaupläne für die ganz Kleinen



Der Job sei fantastisch, die Bedingungen nicht, sagt Natascha Taslimi. Clemens Fabry

10.09.2023 um 08:42

von **Elisabeth Hofer**



Mit 4,5 Mrd. Euro soll bei der Kinderbetreuung in Österreich nun endlich etwas weitergehen. Die Herausforderung ist groß, denn derzeit liegt bei der Elementarpädagogik vieles im Argen. Das Problem aus fünf Perspektiven.

Die Hilferufe waren zuletzt alles andere als leise. Bei der Kinderbetreuung müsse in Österreich endlich etwas weitergehen, haben vor allem Mütter und Pädagoginnen in den vergangenen Jahren vehement gefordert. Seniorenvertreter haben vor der steigenden Altersarmut von Frauen gewarnt. Wenn diese nicht oder nur Teilzeit arbeiten können, weil sie keine geeigneten Betreuungsplätze für ihre Kinder finden, schlage sich das bei der Pension nieder. Und auch die Wirtschaft hat mit Blick auf den Fachkräftemangel zu mehr Tempo beim Kinderbetreuungsausbau aufgerufen.

Zuständig für den Bereich sind Bund, Länder und Gemeinden alle zusammen - aber so richtig zuständig fühlt sich keiner. Darum sollen nun über den Finanzausgleich zwischen den drei Ebenen bis zum Jahr 2030 insgesamt 4,5 Milliarden in den Ausbau der Elementarpädagogik fließen. 50.000 zusätzliche Kinderbetreuungsplätze sollen so geschaffen werden. Wo aber soll man ansetzen? Die Probleme sind vielfältig, österreichweit gibt es große Unterschiede, was Verfügbarkeit, Qualität der Einrichtungen und Personalressourcen angeht. Fünf verschiedene

Perspektiven auf die Situation der Kinderbetreuung in Österreich zeigen, wie groß der Handlungsbedarf tatsächlich ist und wo die Herausforderungen beim Ausbau liegen.

Die Eltern

Was tun, wenn es in der Heimatgemeinde keine Kinderkrippe gibt, beide Elternteile aber berufstätig sind? Vor diesem Problem standen die niederösterreichische Jungmutter Eva Juratovac und ihr Partner nach der Geburt ihres Sohnes vor drei Jahren. Zunächst probierten sie es in den Nachbarorten. Sie meldete ihren Sohn an und kam auf die Warteliste. „Ich hätte viel früher dran sein müssen, denn immer, wenn Einwohner aus dem Ort selbst einen Platz brauchen, wird deren Kind vorgereicht“, erzählt die 33-Jährige. Die erste Möglichkeit ergab sich schließlich in einer Gemeinde, mit Berufsverkehr eine halbe Autostunde pro Richtung vom Wohnort der Familie entfernt. „Sechs Stunden Kinderbetreuung heißen nicht sechs Stunden Zeit zum Arbeiten, weil man die Fahrtzeit und Ähnliches wegrechnen muss“, sagt Juratovac. Schlussendlich verzichtete sie auf den Krippenplatz, arbeitete erst geringfügig, dann Teilzeit, und die Großeltern sprangen ein. Zusammen mit anderen Müttern startete sie dennoch eine Petition für eine Kinderkrippe in ihrem Heimatort. Dabei habe sich ein viel höherer Bedarf an Plätzen gezeigt, als zuvor von der Gemeinde angenommen. „Eine Kindergartengruppe wurde dann in eine Krabbelgruppe umgewandelt“, sagt Juratovac. Mittlerweile geht ihr Sohn in den Kindergarten. Hier einen Platz zu finden, der sich mit ihren Arbeitszeiten verträgt, sei dafür gar kein Problem gewesen.

Die Pädagogin

20 Mal am Tag sagt Maria Mayer: „Ich komme gleich.“ Am Ende eines Arbeitstages könne sie oft trotzdem nicht behaupten, mit jedem Kind in ihrer Gruppe auch nur eine Minute gespielt zu haben. Mayer ist Kindergartenpädagogin in einem städtischen Kindergarten in Wien und heißt eigentlich anders. Sie könne offener reden, wenn sie anonym bleibe, sagt sie. Elementarpädagogin zu werden, war immer ihr Traum - „schon als ich selbst ein Kindergartenkind war und es noch ‚Tante‘ hieß“, erzählt die junge Frau. Heute betreut sie zusammen mit einer Assistentin eine Gruppe mit 25 Kindern. Das seien einfach zu viele, um sich jedem Einzelnen widmen zu können. „Mir bleibt keine Zeit, um den Ideen der Kinder nachzugehen oder einem Kind einmal ein schwierigeres Spiel zu erklären, wenn ich merke, dass es kognitives Futter braucht“, sagt Mayer. Auch die Eltern wenden sich mit Fragen an sie, wollen Tipps für die Erziehung oder Probleme in der Familie besprechen. Das alles plus Vorbereitung geht sich in der Regelarbeitszeit kaum aus. Der Kindergarten hat täglich von 6.30 bis 17 Uhr geöffnet, geschlossen bleibt er unter der Woche nur an drei Tagen im Jahr. „Ich weiß nicht, wie oft ich am Abend vor dem Fernseher sitze und nebenbei etwas für die Arbeit mache“, sagt Mayer. Auch die Infrastruktur im Kindergarten sei schlecht. Nicht jede Mitarbeiterin hat einen eigenen Spind, mit knapp 20 Kolleginnen teilt sich Mayer einen einzigen Laptop, WLAN gibt es am Standort erst seit Kurzem. Über ihr Gehalt will sie sich nicht beklagen. Trotzdem spiegle es nicht wieder, was sie und ihre Kolleginnen leisten, sagt sie.

Der Bürgermeister

„Die Aufgaben der Gemeinde für die Kinderbetreuung haben in den vergangenen Jahren massiv zugenommen. Nicht, weil die Bevölkerung so stark wächst, sondern, weil sich die Gesellschaft so stark verändert“, sagt Peter Schobesberger. Seit zwei Jahren ist er SPÖ-Bürgermeister von Vöcklabruck, einer Stadtgemeinde mit 12.769 Einwohnern im Hausruckviertel. Kinder würden heute in jüngerem Alter in die Fremdbetreuung kommen und mehr Stunden dort bleiben als früher. Die Nachfrage nach Plätzen sei dementsprechend

enorm. „Wir haben sechs Gruppen in der Krabbelstube und würden eigentlich vier weitere brauchen, um den Bedarf abzudecken“, sagt Schobesberger. Auch zu den aktuell 17 Kindergartengruppen müssten vier weitere kommen, um in den kommenden Jahren wirklich jedem Kind einen Platz anbieten zu können. Kostenpunkt für die Stadtgemeinde, inklusive Hortausbau: 6,6 Millionen Euro zusätzlich - Erhalt, Personalkosten usw. noch nicht inkludiert. Von den 4,5 Milliarden Euro, die die Regierung angekündigt hat, würden laut Berechnung des Bürgermeisters 500.000 bis 700.000 Euro an frischem Geld nach Vöcklabruck kommen. Die Kosten deckt das nicht ab. Gleichzeitig sei es aber aus den verschiedensten Gründen wichtig, allen Kindern einen Platz zu bieten. Einen davon schildert der Bürgermeister: „Als ich mein Amt angetreten habe, hatten wir 40 Kinder auf der Warteliste. Nur drei davon haben Deutsch als Muttersprache gehabt. Wenn wir die nicht vorbilden und sie so in die Schule kommen, sind Probleme abzusehen.“ Gebe man der Kinderbetreuung aber Priorität, müsse anderswo gespart werden - beim Vereinsleben oder dem Kulturbetrieb zum Beispiel. „Das ist unerträglich für jeden Bürgermeister“, sagt Schobesberger.

Die Interessenvertreterin

Nein, man müsse nicht mehr Elementarpädagoginnen ausbilden, betont Natascha Taslimi. Sie selbst unterrichtet Elementarbildung an der Pädagogischen Hochschule und ist Vorsitzende des Vereins Netzwerk elementare Bildung. Absolventinnen gebe es in Österreich genug, nur würden weit nicht alle von ihnen später auch in diesem Feld tätig sein wollen. Warum? „Der Job ist fantastisch, die Bedingungen sind es nicht“, sagt Taslimi. Die Politik habe den Sprung nicht mitgemacht, Kindergärten als Orte zu denken, an denen Kinder nicht nur beaufsichtigt, sondern auch gefördert werden. Die Pädagoginnen seien gut ausgebildet, kämen aber gar nicht dazu, ihr umfassendes Wissen einzusetzen, weil sie unter anderem mit zu vielen Verwaltungsaufgaben eingedeckt seien. Die Ankündigung von 4,5 Mrd. Euro für den Ausbau der Elementarpädagogik bis 2030 macht Taslimi skeptisch: „Ich habe gelernt, solche Ankündigungen genau zu prüfen. Wenn man beginnt nachzurechnen, zeigt sich: Das ist einfach zu wenig.“ Gerade die Länder sollten mehr Bereitschaft zeigen, in den elementaren Bereich zu investieren, fordert sie. Und: „Es braucht einheitliche Qualitätskriterien für die Länder. Sonst muss ich als Mutter sagen: In diesem Bundesland kann ich leben und in dem anderen nicht.“ Außerdem wünscht sich Taslimi ein gesellschaftliches Umdenken: „Wir müssen das Image loswerden, dass ich eine Rabenmutter bin, wenn ich das Kind in die Betreuung gebe. Es ist erwiesen: Das hat auch Vorteile für das Kind.“

Die Ministerin

Türkis-Grün hat es im vergangenen Jahr schon einmal versucht: Unter dem Stichwort „Kindergartenmilliarde“ kündigte die Regierung zusätzliche Mittel für den Ausbau der Kinderbetreuung an. Nur: Diese Milliarde war für fünf Jahre statt wie von Experten gefordert pro Jahr gedacht. Enttäuschung machte sich breit. Dass man nun doch mehr Geld in die Hand nehmen wolle, erklärt Familienministerin Susanne Raab (ÖVP) mit dem günstigen Zeitpunkt, der sich durch die Verhandlungen zum Finanzausgleich ergebe, bei dem Bund, Länder und Gemeinden das Steuergeld untereinander aufteilen. Bisher hat der Bund hauptsächlich in die Infrastruktur investiert, ab nun soll er auch beim Erhalt der Kinderbetreuungseinrichtungen mitzahlen. Raab weiß aber, dass die „Gretchenfrage“ eine andere ist - nämlich, wo das Personal zur Betreuung der Kinder herkommen soll. Dazu verwies sie auf den Bildungsminister, der wiederum erklärte, die Initiative „Klasse Job“, mit der Quereinsteiger für den Lehrberuf gewonnen werden sollen, nun auch auf die Elementarpädagogik auszuweiten.

Fakten

Das Problem

Österreich hinkt den EU-Zielen vor allem bei der Kleinkinderbetreuung seit Jahren hinterher. Vor allem Mütter können oft nicht Vollzeit arbeiten, weil es an Betreuungsmöglichkeiten fehlt. Darunter leidet wiederum die Wirtschaft.

Das Geld

Bis 2030 sollen Bund, Länder und Gemeinden 4,5 Milliarden Euro zur Verfügung stellen, damit alle Kinder, die einen Betreuungsplatz brauchen, ab dem ersten Lebensjahr einen bekommen.